IG-MILCH POST

Das Mitgliedermagazin der IG-MILCH
überparteilich und unabhängig

IG-MILCH
Verein österreichischer Grünland- und Rinderbauern

Ausgabe 88 | März 2026

Österreichische Post AG | SM 08Z037827 S
IG-Milch, Amesschlag 30, 4190 Bad Leonfelden

ARTIKEL 148 EXISTIERT.

WIRD NICHT GENUTZT. WARUM?

UND BAUERN ZAHLEN DEN PREIS.

Artikel 148 der Gemeinsamen Marktordnung der EU erlaubt verbindliche Vereinbarungen zwischen Milchbauern und Molkereien über Preis, Menge und Lieferbedingungen bereits vor der Lieferung. Damit könnten Bauern ihre Verhandlungsposition stärken und extreme Preisschwankungen verhindern. Trotz wiederkehrender Milchkrisen wird dieses Instrument nicht angewendet. Warum?

Offen gesprochen

Geschätzte Bäuerinnen und Bauern!

Zur Milchkrise: In den letzten Wochen spüre ich wieder deutlich: Beim Thema Milchmarkt kommt Bewegung in die Diskussion. Lange Zeit wurde so getan, als wären sinkende Milchpreise, steigende Kosten und immer stärkere Abhängigkeiten einfach eine normale Entwicklung des Marktes. Doch immer mehr Menschen erkennen, dass hinter dieser Entwicklung konkrete Entscheidungen stehen – wirtschaftliche und politische.

Für uns bedeutet das vor allem eines: Wir dürfen diese Entwicklungen nicht einfach hinnehmen. Wenn ein System dauerhaft zu Überproduktion, Preisdruck und Unsicherheit führt, dann muss man darüber sprechen – und man muss es verändern.

Die Diskussion über den Milchmarkt beschränkt sich längst nicht mehr auf Österreich. Auch in Deutschland berichten Medien – etwa die große bayerische Regionalzeitung Merkur – derzeit über sinkende Milchpreise und steigende Produktionskosten. In diesem Zusammenhang wurde auch über meine Einladung berichtet, am **15. März beim Milchtag des Bundes Deutscher Milchviehhalter (BDM) in Sachsenkam** zu sprechen. Dort geht es um genau jene Fragen, die uns auch hier beschäftigen: Wie kann der Milchmarkt stabilisiert werden und wie können Bauern wieder mehr Einfluss auf unsere wirtschaftliche Situation bekommen?

Schon wenige Tage zuvor, am **12. März**, bin ich zu Gesprächen im österreichischen **Parlament in Wien** eingeladen. Mit Vizekanzler Babler gibt es einen Termin am **25. März.** Auch dort geht es um die Zukunft der Milchwirtschaft, um Marktregeln und um die Frage, wie bäuerliche Betriebe wieder eine faire Perspektive bekommen können.

Ich arbeite derzeit mit großer Energie an mehreren Initiativen – politischen Eingaben, Gesprächen mit Medien und Entscheidungsträgern sowie Projekten, die sich mit Wettbewerbs- und Fairnessfragen im Milchmarkt beschäftigen. In den vergangenen Monaten haben sich dabei neue Möglichkeiten und Kontakte ergeben, die ich mit viel Engagement weiterverfolgen werde.

Die IG-Milch war immer dann stark, wenn wir bereit waren, Dinge klar anzusprechen und nicht einfach zu akzeptieren, was uns als unveränderlich präsentiert wird. Genau diesen Weg werde ich weitergehen.

Mit Entschlossenheit, mit Ausdauer – und mit der Überzeugung, dass bäuerliche Landwirtschaft Zukunft hat, wenn wir sie selbst gestalten.

Aktuelle Arbeit für faire Milchpreise, über die ich sprechen kann:

12. März – Parlament Wien
Gespräche mit Abgeordneten über Marktregeln, Mengensteuerung

15. März – Milchtag des BDM in Sachsenkam (Deutschland)
Einladung als Referent beim Treffen des Bundes Deutscher Milchviehhalter

25. März – Termin mit Vizekanzler Babler

- Weitere Initiativen:
  Übergabe eines über 60 Seiten starken Dossiers zur Arbeit der Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) und des Fairnessbüros an einen bekannten Investigativjournalisten
- Schreiben an Fairnessbüro und BWB

Eingaben bei:

- EU-Kommission
- Österr. Rechnungshof
- Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission, DG-Comp

Grünzweil Ewald

Inhaltsverzeichnis

Bericht Jahreshauptversammlung 3, 4, 5
Offener Brief an Regierung 9
Wenn plötzlich alle über Belastung reden 14
Der Versuch einer Erklärung 19

IMPRESSUM: Medieninhaber, Verleger und Herausgeber: IG-Milch, Ewald Grünzweil, Amesschlag 30, 4190 Bad Leonfelden. Layout & Druck: Druckerei Bad Leonfelden GmbH, Fotos: IG-Milch. Die „IG-MilchPost" ist das Informationsblatt für die Mitglieder des Vereins Österreichischer Grünland- und Rinderbauern. Sie versteht sich als unabhängig und überparteilich. Bankverbindung: Sparkasse Mühlviertel West, IBAN: AT722033402600010488, BIC: SMWRAT21

Jahreshauptversammlung der IG-Milch 2025 – ein Jahr der Arbeit

Bei der Jahreshauptversammlung der IG-Milch 2025 habe ich in meinem Tätigkeitsbericht zunächst auf das vergangene Arbeitsjahr zurückgeblickt und anschließend auch persönliche Entwicklungen angesprochen.

Unsere Presseaussendungen 2025

Im Juni haben wir mit „Milchsklavismus im Jahr 2025" die wirtschaftliche Realität vieler Milchbäuerinnen und Milchbauern benannt. Es ging darum, sichtbar zu machen, wie stark der Druck in einem System geworden ist, das immer mehr verlangt und gleichzeitig immer weniger Spielraum lässt.
Im Oktober folgte „Gericht stoppt unrechtmäßige Preiskürzung – ein Signal gegen das Milchdiktat". Dieses Urteil war ein wichtiges Zeichen, dass sich Widerstand lohnt und dass Willkür nicht einfach hingenommen werden muss.
Ebenfalls im Oktober erschien „Milch ist mehr als Klimazahlenspiel – aber Ausreden helfen auch nicht". Damit wollten wir die Klimadebatte rund um die Milchwirtschaft sachlich führen: Verantwortung übernehmen, aber ohne ideologische Verkürzungen und ohne bäuerliche Familienbetriebe pauschal zum Problem zu erklären.
Neben diesen politischen Themen habe ich auch offen über persönliche Entwicklungen gesprochen. Die letzten Jahre waren für mich eine Zeit intensiver innerer und äußerer Auseinandersetzung. Ich habe mein Leben, meine Arbeit und meine Rolle in der IG-Milch neu reflektiert. Dazu gehörten auch gesundheitliche Schritte, die ich gesetzt habe, und eine neue Klarheit darüber, was ich künftig leisten kann und will.

Stand der Dinge erklärt

In diesem Zusammenhang habe ich auch erklärt, warum unser langjähriger Weggefährte Ernst Halbmayr bei der Jahreshauptversammlung nicht anwesend war. Er hatte mir etwa zwei Wochen zuvor mitgeteilt, dass er aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen könne.
Ernst und ich haben über mehr als zwei Jahrzehnte eng zusammengearbeitet und vieles in der IG-Milch aufgebaut. Für seinen Einsatz und sein Engagement habe ich ihm ausdrücklich gedankt.

Gleichzeitig hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass sich unsere Vorstellungen in manchen Fragen unterschiedlich entwickelt haben. Deshalb gehen unsere Wege künftig getrennt weiter. Das habe ich bei der Versammlung ruhig und ohne Vorwürfe dargestellt – mit Dankbarkeit für die gemeinsame Zeit und mit der Klarheit, meinen Weg in der IG-Milch entsprechend weiterzugehen.
Damit ist für mich alles gesagt.

Die Arbeit der IG-Milch geht weiter

Ich habe betont, dass die Arbeit der IG-Milch unverändert weitergeht. Die IG-MilchPost erscheint, Presseaussendungen und politische Initiativen laufen wie bisher weiter. In den vergangenen Jahren wurde ein Großteil der laufenden Arbeit – von der redaktionellen Arbeit über Presseaussendungen bis hin zu politischen Initiativen – bereits von mir getragen und organisiert.

In den vergangenen Monaten haben sich zudem eine Reihe neuer Themen und Möglichkeiten aufgetan, die für die Interessen der Milchbäuerinnen und Milchbauern wichtig werden können. Diese Entwicklungen werde ich mit neuer Kraft, Motivation und viel Engagement aufgreifen und weiterverfolgen. Mir ist wichtig, dass die IG-Milch auch künftig eine klare und unabhängige Stimme für die Anliegen der Milchbäuerinnen und Milchbauern bleibt.

Die nächsten Schritte

Ich habe auch über kommende Vorhaben gesprochen: Initiativen für ein gemeinsames Vorgehen in agrarpolitischen Fragen, Eingaben auf europäischer Ebene auf Basis aktueller Gerichtsurteile sowie beim österreichischen Rechnungshof bezüglich der Arbeit gewisser Behörden, den Abschluss eines Dossiers zu Wettbewerbs- und Fairnessfragen und dessen Übergabe an einen bekannten Investigativjournalisten sowie die Weiterarbeit am Buch, das persönliche Erfahrungen mit Systemanalyse verbinden soll.

Dank und Abschluss

Zum Abschluss habe ich mich bei allen Mitgliedern für das Vertrauen bedankt und für die lange gemeinsame Arbeit der vergangenen Jahre. Ich werde meinen Weg in der IG-Milch klar und ruhig weitergehen – mit neuer Kraft und Zuversicht.

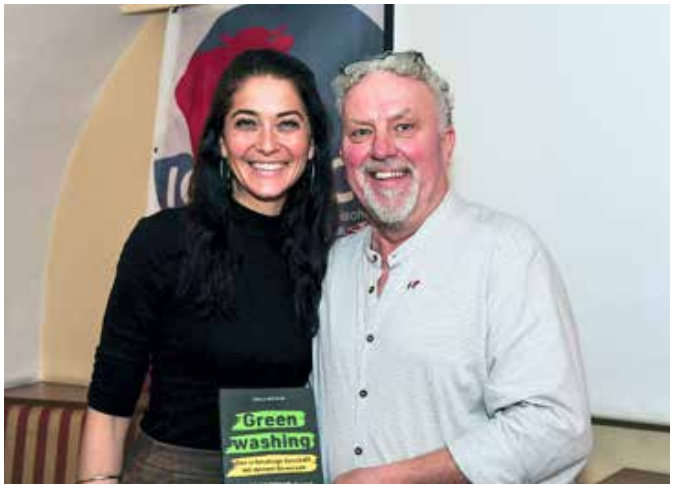
Ewald Grünzweil

Obmann Grünzweil bei seinem Tätigkeitsbericht. Foto: IG-Milch

Dr.in Christine Haiden bei ihrem mitreißenden Vortrag über die Demokratie. Foto: IG-Milch

Zum Teil sehr emotionale Reaktionen wurden hervorgerufen durch die exzellente Analyse über einen Systemwechsel, den große Teile der Gesellschaft sich wünschen, ohne zu wissen, welches System sie denn alternativ wollen ... Foto: IG-Milch

Ursula Bittner hat zu diesen Bildern folgenden Text auf Facebook gepostet:



Fotos: IG-Milch

Wir haben uns eigentlich kaum verändert – zwischen den Fotos liegen 15 Jahre

Ewald Grünzweil hat mich zur Versammlung der IG-Milch eingeladen, um mein Buch Greenwashing (vor allem den Aspekt der Landwirtschaft) vorzustellen.

Wir haben uns tatsächlich das letzte Mal 2010 gesehen! Damals habe ich mit meiner Idee, über Milch in Indien zu recherchieren, den Wettbewerb der @diepresse gewonnen.

Vor unserer Reise – gemeinsam mit @thomasseifert – habe ich in Österreich recherchiert und bin so das erste Mal auf Ewald gestoßen.

Seine Sichtweise hat mich jedenfalls geprägt.

Ich hab mich sichtlich gefreut, ihn wieder zu treffen und es war richtig spannend, nach all den Jahren zu sehen, wie konsequent er an seinen Zielen weiterarbeitet. Der Austausch zwischen den anwesenden Landwirt:innen und mir – diesmal in meiner Rolle bei Greenpeace – war offen, konstruktiv und unglaublich wertvoll.

Danke, Ewald, für die Einladung, den Einblick und dieses besondere Wiedersehen.

Greenpeace-Expertin Ursula Bittner zeigte uns, wie sich Konzerne und Co. als Umweltretter:innen ausgeben, während sie die Klimakrise und das Artensterben befeuern. Sie legte die Strategien hinter dem Greenwashing offen und wie uns Konzerne, Finanzindustrie und Politik betrügen. Foto: IG-Milch

Zur Freude vieler Besucher:innen gab uns auch Franz Rohrmoser wieder die Ehre und nahm die für ihn sicher anstrengende Anfahrt auf sich. Ein weiterer Beleg der Wichtigkeit und des Fortbestandes der IG-Milch. Foto: IG-Milch

Obmann-Stellvertreter Andreas Hetzlinger brachte sich mit einem Diskussionsbeitrag ein. Foto: IG-Milch

Nach und nach füllten sich die Plätze im Gewölbe des Hauses Wirt im Feld ... Foto: IG-Milch

Marktmacht, Führungsversagen und ein Milchmarkt außer Kontrolle

Warum die Krise kein Zufall ist, sondern das Ergebnis konkreter Entscheidungen

Die IG-MilchPost 88 bündelt mehrere Presseaussendungen der IG-Milch aus den Monaten Dezember 2025 bis Februar 2026. Sie zeichnen ein klares Bild: Die Krise der österreichischen Milchwirtschaft ist kein Marktpech und kein Naturereignis, sondern das Ergebnis jahrelanger Fehlsteuerung und bewusster Entscheidungen auf Führungsebene.

Nicht „der Markt", nicht „die Molkereien" als abstrakte Gebilde und nicht äußere Umstände drücken die Milchpreise. Entscheidungen werden von Geschäftsführern, Vorständen und Aufsichtsräten getroffen und/oder abgesegnet. Sie tragen Verantwortung – und verweigern sie seit Jahren. Die Folgen tragen nicht jene, die entscheiden und zustimmen, sondern die bäuerlichen Inhaberinnen und Inhaber der Genossenschaften.
Was als Milchpreisdebatte, Bauernbund-Kampagne oder Klimadiskussion erscheint, folgt einem wiederkehrenden Muster: Symptome werden öffentlich diskutiert, während die verantwortlichen Entscheidungsträger unangetastet bleiben. Verantwortung wird nach unten delegiert – ebenso wie Risiken.

Marktmacht ist vorhanden – sie wird gegen bäuerliche Eigentümer eingesetzt

Die vier größten Molkereigruppen kontrollieren den überwiegenden Teil der angelieferten Rohmilch. Diese Marktmacht wäre ausreichend, um gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel faire, kostendeckende Preise durchzusetzen und Übermengen vorausschauend zu begrenzen.
Doch sie wird nicht gegenüber dem Handel eingesetzt, sondern nahezu ausschließlich nach innen – gegen die bäuerlichen Eigentümer der Genossenschaften. Preisdruck wird nicht abgewehrt, sondern weitergereicht. Nicht aus Zwang, sondern durch unternehmerische Entscheidungen.
So entsteht eine wirtschaftliche Doppelmühle: Der Handel fordert billigere Preise, Geschäftsführer und Vorstände geben diesen Druck weiter. Einzelne Betriebe haben keine reale Ausweichmöglichkeit. Lieferverträge sind kein Schutz, sondern Teil der Abhängigkeit.

Nachgeben ist eine Entscheidung – kein Naturgesetz

Der Druck des Handels wirkt nur, weil die Verantwortlichen wissen, dass irgendjemand nachgeben wird. Dieses gegenseitige Unterbieten ist keine rechtliche Notwendigkeit, sondern Ausdruck fehlender Verantwortung.
Niemand fordert illegale Preisabsprachen. Gefordert wäre lediglich, sich nicht permanent gegenseitig zu unterbieten. Genau diese Selbstdisziplin verweigern Geschäftsführungen und Vorstände seit Jahren.

Gleichzeitig forcieren sie Mehrproduktion. Staffelpreise – neuerdings Logistikbonus genannt –, die größere Mengen belohnen, ersetzen jede ernsthafte Mengensteuerung. Überproduktion wird bewusst in Kauf genommen, obwohl ihre Folgen bekannt sind. Die Rechnung zahlen nicht die Entscheidungsträger, sondern die bäuerlichen Eigentümer.

Zahlen belegen Führungs- und Marktversagen

Dass es sich nicht um subjektive Wahrnehmung handelt, zeigen aktuelle Netto-Preisdaten großer Molkereien. Exemplarisch lässt sich die Entwicklung bei der Berglandmilch nachvollziehen. Zwischen Herbst 2024 und Sommer 2025 wurde der Netto-Milchpreis innerhalb von elf Monaten um rund 6,7 Cent je Kilogramm erhöht. Seit November 2025 ist er innerhalb von nur vier Monaten wieder um mehr als 12,8 Cent netto eingebrochen.
Was langsam aufgebaut wurde, wurde in kürzester Zeit überkompensiert zerstört. Diese Entwicklung ist kein Zufall, sondern Folge eines ungeregelten Marktes und falscher Einschätzungen auf Führungsebene.

Besonders problematisch ist, dass noch wenige Monate zuvor öffentlich erklärt wurde, steigende Milchmengen seien unproblematisch und die Preise würden stabil bleiben. Diese Aussagen standen im Widerspruch zu bekannten Marktsignalen – und wurden rasch widerlegt.

Während die Milchpreise unter dem Niveau von 2022 liegen, sind die Produktionskosten nicht gesunken. Der Agrarpreisindex für tierische Erzeugung liegt weiterhin deutlich darüber. Die wirtschaftliche Schere geht auf – und sie schneidet ausschließlich auf Kosten der bäuerlichen Betriebe.

Eigentum ohne Kontrolle – die funktionale Machtumkehr

Die Molkereigenossenschaften befinden sich formell im Eigentum der Bäuerinnen und Bauern. Faktisch haben sich die Machtverhältnisse jedoch umgekehrt. Angestellte Geschäftsführer treffen strategische Entscheidungen, Vorstände bestätigen sie. Eine wirksame Kontrolle durch die bäuerlichen Eigentümer findet kaum mehr statt. Eigentum besteht auf dem Papier – Entscheidungsmacht nicht.

Tierwohl als Zwang – Risiko bleibt vollständig am Hof

Diese Machtverschiebung zeigt sich bei verpflichtenden Tierwohlprogrammen. Sie werden konzipiert und beschlossen, die Teilnahme ist faktisch erzwungen. Dauerhaft gesicherte, kostendeckende Milchpreise gibt es nicht. Das wirtschaftliche Risiko tragen ausschließlich die Betriebe. Tierwohl wird moralisch argumentiert – bezahlt wird es von den Bauern.

Warum Mengensteuerung politisch blockiert wird

Eine verbindliche Mengensteuerung würde Übermengen verhindern, Preise stabilisieren und die Verhandlungsmacht stärken. Genau deshalb stößt sie seit Jahren auf politischen Widerstand.

Solange Übermengen verfügbar sind, profitieren Handel und Verarbeitung von billiger Rohware. Solange der Markt als „frei" deklariert wird, kann Verantwortung abgewehrt werden. Freiwillige Appelle ersetzen verbindliche Regeln – und scheitern regelmäßig.

Diese Blockade ist politisch gewollt. Verantwortung wird vertagt, während die nächste Krise bereits angelegt wird. Die Kosten tragen nicht jene, die entscheiden, sondern jene, die produzieren.

Immer die gleiche Krise – immer keine Konsequenzen

2009, 2015, 2018, 2022 und nun wieder 2025 und 2026 folgten die Krisen demselben Muster: Wachstum, Übermengen, Preiseinbruch. Eine strukturelle Korrektur bleibt aus. Konsequenzen für Verantwortliche gibt es nicht. Die bäuerlichen Betriebe zahlen jedes Mal mit Einkommen, Substanz und oft mit ihrer Existenz.

Fusionen, Druck und Schweigen

Im Umfeld der Pinzgau Milch berichten mehrere Lieferanten von Druck im Zusammenhang mit der geplanten Machtübernahme durch die SalzburgMilch. Betroffen waren insbesondere Lieferanten, die zuvor bei der Freie Milch Austria organisiert waren und keine Genossenschaftsmitglieder der Pinzgau Milch sind.

Diese versuchten vor der Übernahme eine Mitgliedschaft zu erlangen, um ihre Position abzusichern. Ihnen wurde sinngemäß mitgeteilt, sie müssten sich „der Genossenschaft unterwerfen". Die Wortwahl zeigt ein Machtverständnis, das wenig mit Eigentum zu tun hat.

Vor der Versammlung zur Abstimmung über die Fusion wurde einzelnen kritischen Lieferanten nahegelegt, nicht zu erscheinen und keinen „Aufstand zu provozieren". Abweichendes Verhalten könne negative Folgen haben.

Besonders bezeichnend war der Umgang mit dem Wunsch nach geheimer Abstimmung. Als zwei Lieferanten dafür aufzeigten, wurde nach der Lieferantennummer gefragt. Damit war klar: Abweichung wird registriert!

Dass kritische Stimmen schwiegen, ist kein Zeichen von Zustimmung, sondern Ausdruck eines Klimas der Einschüchterung. So entstehen formelle Mehrheiten und öffentliche Erzählungen, die mit der tatsächlichen Stimmung wenig zu tun haben.

Milchmarkt außer Kontrolle – offener Brief der IG-Milch

Der folgende offene Brief wurde am 10. Februar 2026 von der IG-Milch veröffentlicht und an Bundesregierung, Molkereiverantwortliche und den Lebensmitteleinzelhandel übermittelt.

Der österreichische Milchmarkt befindet sich in einer schweren Krise. Übermengen und massiver Preisdruck sind kein kurzfristiger Ausreißer, sondern Ergebnis jahrelanger Fehlsteuerung.

Ein ungeregelter Milchmarkt führt zwangsläufig zu Überproduktion, Preisverfall und existenzbedrohenden Situationen. Diese Entwicklung ist bekannt – und wurde dennoch zugelassen.

Übermengen bleiben auch dem Handel nicht verborgen. Wenn der Markt in Milch ersäuft, wird diese Situation für Preissenkungen genutzt. Billige Importe verstärken den Druck – unabhängig von regionaler Qualität oder Kostenstrukturen.

Mit übervollen Märkten verliert die bäuerliche Seite jede Verhandlungsmacht. Mit angepassten Mengen würde sich ihre Position verbessern. Mehr Milch schwächt – weniger Milch stärkt.

Der Glaube, der freie Markt werde Angebot und Nachfrage regeln, wird seit Jahren widerlegt. Der Milchmarkt zeigt exemplarisch, dass ein ungeregelter Markt nicht zu Stabilität führt, sondern zu wiederkehrenden Krisen – bezahlt von den Bäuerinnen und Bauern.

Die IG-Milch fordert daher erneut die Einführung einer verbindlichen, wirksamen Mengensteuerung. Ein Instrument, das eingreift, bevor Übermengen entstehen. Freiwillige Appelle im Krisenfall sind kein Ersatz für politische Verantwortung.

Alle vier Presseaussendungen sowie der offene Brief sind in voller Länge auf www.ig-milch.at nachzulesen.

Eigentum der Bauern?! Machtinstrument gegen sie!

Illustration KI generiert

Nichtstun ist keine Option

Das Landwirtschaftliche Wochenblatt berichtete kürzlich sehr positiv über die Forderung der IG-Milch nach einer verbindlichen Mengensteuerung. Anlass war unsere Presseaussendung.

Im Vorfeld der Veröffentlichung wurde ich gefragt, was ich mir von diesem Schritt konkret erwarte. Meine Antwort war ehrlich: Die Erfahrung zeigt, dass offene Briefe allein selten unmittelbare Kurskorrekturen auslösen. Große Erwartungen habe ich daher nicht.
Vielleicht ist dieses „Nicht-viel-Erwarten" auch eine Form von Selbstschutz. Wer sich über Jahre engagiert, Gespräche führt, Argumente liefert und dennoch erlebt, wie langsam oder zögerlich Veränderungen stattfinden, lernt, die eigenen Erwartungen zu dämpfen, um handlungsfähig zu bleiben.

Interessen vertreten heißt handeln

Viele Milchbäuerinnen und Milchbauern stehen derzeit unter großem wirtschaftlichen Druck. Gerade in so einer Situation kann man als Interessenvertretung nicht einfach zuschauen. Auch wenn man sich nicht viel erwartet, darf das kein Grund sein, nichts zu tun. Interessen vertreten heißt handeln – besonders dann, wenn es schwierig wird.

Freier Markt oder ungleiche Kräfteverhältnisse?

Das Thema Mengensteuerung wird höchst kontrovers diskutiert. Da ist zum einen der vielzitierte „freie Markt", wenn es ihn in dieser Form überhaupt gibt. Denn ein Markt, in dem wenige große Handelsketten enorme Marktmacht besitzen, wenige große Molkereien den Preisdruck weitergeben und damit bäuerliche Betriebe kaum Verhandlungsspielraum haben, ist kein freier Markt im klassischen Sinn. Es ist ein Markt mit klaren Kräfteverhältnissen – und diese sind ungleich verteilt.
Auch innerhalb bäuerlicher Kreise gehen die Meinungen stark auseinander. Gerade größere Produzenten, der größte am vehementesten, lehnen jede Form der Steuerung vehement ab. Kritik bleibt dabei nicht aus, teilweise auch sehr persönliche. Ich nehme diese Einwände ernst, weil sie zeigen, wie unterschiedlich die betrieblichen Realitäten inzwischen sind.

Stimmen vom Hof

Gleichzeitig erlebe ich andere Stimmen. An einem Sonntagvormittag rief mich ein Milchbauer aus dem Waldviertel an. Er war von seiner Sprengelversammlung nach Hause gekommen und erzählte mir, dass ihn die dortigen Diskussionen noch Tage später beschäftigten. Er habe schlecht geschlafen, weil er spüre, dass sich vieles in eine Richtung entwickelt, mit der er nicht umgehen könne – eine Richtung, in der Größe und Mengensteigerung als einzige Antwort gelten.
Ich fragte ihn direkt, wie er als kleinerer Biomilchbauer zur Frage der Mengensteuerung stehe. Seine Antwort kam ohne Zögern: „Ja, wir brauchen sie."
Es war ein bemerkenswert sachliches Gespräch. Er kennt seine Zahlen, rechnet seinen Deckungsbeitrag und weiß genau, wovon er spricht. Und ich bin überzeugt: Er ist einer von vielen, die sich ernsthafte Sorgen machen. Viele sehen, dass mit reinem Marktvertrauen wenig Stabilität entsteht – und dass am Ende vor allem kleinere und mittlere Betriebe unter die Räder kommen.
Wenn bäuerliche Existenzen schleichend verloren gehen, ist das kein abstraktes Marktgeschehen, sondern eine gesellschaftliche Entscheidung.

Öffentlichkeit wirkt

Dass das Thema aufgegriffen wird, zeigt, wie sehr es unter den Nägeln brennt. Am 21. Februar erschien im Wirtschaftsmagazin der Kronen Zeitung ein Interview, in dem ich die Notwendigkeit stabiler Rahmenbedingungen für den Milchmarkt darlegte. Darüber hinaus gab es mehrere Gespräche mit Empfängern des offenen Briefes. Für ein Gespräch mit Vizekanzler Andreas Babler liegt bereits eine Termin-Zusage vor. Über weitere Entwicklungen werde ich zeitnah berichten.

Öffentlichkeit ist kein Selbstzweck. Aber ohne Öffentlichkeit und ohne Wissen der Gesellschaft über die realen Entwicklungen in der österreichischen Milchwirtschaft wird es keine Veränderung geben.

Der lange Atem

Vor Kurzem schrieb mir unser lieber Freund aus der Schweiz, Werner Locher, ein langjähriger Mitkämpfer für bessere Milchpreise: „Ewald, wie lange sagen wir das jetzt schon? Zwanzig Jahre?" Ich antwortete ihm: „Ja, das stimmt. Aber wenn es notwendig ist, sagen wir es noch einmal zwanzig Jahre lang."
Vielleicht dämpfe ich meine Erwartungen inzwischen bewusst, um nicht an jeder Verzögerung zu verzweifeln. Aber meine Entschlossenheit dämpfe ich nicht. Solange ich Verantwortung trage, werde ich nicht tatenlos zusehen, wie bäuerliche Existenzen im Namen eines vermeintlich freien Marktes Stück für Stück verloren gehen – mit dieser Entwicklung kann und will ich mich nicht abfinden.

Ewald Grünzweil

OFFENER BRIEF – IG-Milch

Bad Leonfelden, 13. Februar 2026
Milchmarkt außer Kontrolle – Politik darf nicht länger wegschauen

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
sehr geehrter Herr Vizekanzler,
sehr geehrter Herr Bundesminister,
der österreichische Milchmarkt steckt in einer schweren Krise. Übermengen und massiver Preisdruck sind kein kurzfristiger Ausreißer, sondern das Ergebnis jahrelanger politischer Untätigkeit. Was wir erleben, ist nicht Zufall, sondern systembedingt.

Die IG-Milch weist seit Jahren darauf hin, dass ein ungeregelter Milchmarkt zwangsläufig zu Überproduktion, Preisverfall und existenzbedrohenden Situationen für bäuerliche Betriebe führt. Diese Warnungen wurden wiederholt ignoriert. Statt gegenzusteuern, wurde an einer mengengetriebenen Strategie festgehalten, obwohl die Märkte längst gesättigt sind. Übermengen schwächen die Verhandlungsmacht der Erzeugerinnen und Erzeuger massiv.

Der Lebensmitteleinzelhandel registriert volle Märkte sofort und nutzt sie konsequent für Preissenkungen. Zusätzlich wirken europäische Übermengen und billig importierte Milchprodukte als permanenter Preisdruck nach unten – unabhängig von regionaler Qualität oder Produktionsstandards. Mehr Milch schwächt, weniger Milch stärkt.

Trotz dieser Erfahrungen wird weiterhin behauptet, der freie Markt werde Angebot und Nachfrage regeln. Die Realität widerlegt diese Annahme seit Jahren. Der Milchmarkt zeigt exemplarisch, dass ein ungeregelter Markt nicht zu Stabilität führt, sondern zu wiederkehrenden Krisen – bezahlt von den Bäuerinnen und Bauern.

Mit Artikel 148 der Gemeinsamen Marktordnung steht seit Jahren ein rechtliches Instrument zur Verfügung, das verpflichtende Vereinbarungen über Preise und Mengen vor der Lieferung ermöglichen würde – genutzt wird es bislang nicht. Es ist daher nicht zutreffend, dass der Politik keine wirksamen Instrumente zur Verfügung stünden. Mit dem freiwilligen Lieferverzicht sieht die EU-Agrarmarktordnung zudem ein bewährtes Kriseninstrument vor, das direkt bei der Ursache ansetzt: der Überproduktion. Dass diese Instrumente nicht genutzt werden, ist keine technische, sondern eine politische Entscheidung.

Die IG-Milch fordert daher erneut und mit Nachdruck die Einführung einer verbindlichen, wirksamen Mengensteuerung. Ein System, das vorbeugend wirkt, transparent funktioniert und auch Konsequenzen vorsieht. Freiwillige Appelle im Krisenfall sind kein Ersatz für politische Gestaltung. Es geht nicht um Ideologie, sondern um Verantwortung. Um die Frage, ob die Politik bereit ist, aus wiederkehrenden Krisen zu lernen – oder weiterhin zusieht, wie bäuerliche Existenzen unter wirtschaftlichen Druck geraten.

Der Milchmarkt braucht Regeln, bevor er endgültig kollabiert. Die IG-Milch ist bereit, an Lösungen mitzuwirken. Politisches Zuwarten können wir nicht länger akzeptieren.

Mit freundlichen Grüßen
Ewald Grünzweil e.h.
für die IG-Milch

STICHWORT

Foto: IG-Milch

Ewald Grünzweil, Obmann IG-Milch.

Milchmarkt

In einem offenen Brief an die Regierung fordern Sie eine Steuerung der Milchmenge. Warum ist das wichtig?

Seit dem Ende der Quote leidet die Milchwirtschaft unter starken Preisschwankungen, wodurch die Bauern zu wenig für ihre Milch bekommen. Deshalb braucht es stabile Preise und eine Produktion, die sich am österreichischen Markt orientiert, statt Überschüsse zu erzeugen und und billig ins Ausland zu verkaufen.

Wer profitiert denn von den niedrigen Milchpreisen?

Nicht die Konsumenten. Es ist der Handel, der die Einkaufspreise drückt, und es sind die Molkereien bzw. die Genossenschaften, die meist nicht im Sinne der Bauern arbeiten.

Wie viele Milchbauern sperren pro Tag zu – und warum?

Im Schnitt sperren fast zwei Betriebe pro Tag zu. Gründe sind die Perspektivlosigkeit durch den Preisdruck, die hohe Wochenarbeitszeit, die ständige Einsatzbereitschaft rund um die Uhr und auch Schulden sowie fehlende wirtschaftliche Sicherheit.

Kronenzeitung, Wirtschaftsteil: 21.2.2026

Präsenz zeigen heißt widersprechen

Ein Einblick in unsere öffentliche Arbeit der letzten Wochen

In den vergangenen Wochen habe ich eine Reihe von Leserbriefen an unterschiedliche Medien geschrieben: Tageszeitungen, Fachmedien und Regionalzeitungen. Nicht aus Lust am Schreiben – sondern weil es notwendig ist, öffentlich zu widersprechen. **Regionalität allein reicht nicht.** Sie ist kein Qualitätsbeweis und kein Zukunftskonzept. Was wir brauchen, ist bioregional: eine Landwirtschaft, die ökologische Standards mit regionaler Wertschöpfung verbindet – und beides ernst meint.

Zu oft werden Themen rund um Landwirtschaft, Milchmarkt und bäuerliche Einkommen auf einfache Erzählungen reduziert: mehr Regionalität, mehr Wertschätzung, der Markt regelt das schon. Wer genauer hinschaut, weiß: So einfach ist es nicht. Und genau dort beginnt Verantwortung – nämlich sich einzumischen, wenn falsche Vereinfachungen dominieren.

Ein Teil dieser Leserbriefe wurde veröffentlicht, andere wurden eingesendet, aber nicht abgedruckt. Das ist keine Ausnahme, sondern Teil der medialen Realität. Leserbriefe sind kein Wunschkonzert. Sie konkurrieren mit Platz, Redaktionslinien und Tagesaktualität. Entscheidend ist nicht, dass jeder Text erscheint – entscheidend ist, dass Positionen formuliert, eingebracht und wiederholt werden.

Veröffentlicht wurde unter anderem der Leserbrief „Die Achterbahn ist kein Naturgesetz“, Anfang Jänner in den OÖ Nachrichten, ebenso ein Beitrag in der BauernZeitung. Weitere Texte gingen an unterschiedliche Redaktionen. Auch wenn nicht jeder Brief gedruckt wird: Die Themen sind gesetzt, die Argumente liegen auf dem Tisch.
Inhaltlich ging es dabei immer wieder um dieselben Kernfragen – bewusst und konsequent.

- Erstens: **Regionalität reicht nicht.** Herkunft allein sagt nichts darüber aus, wie produziert wird. Auch regional kann intensiv, umweltbelastend und auf Kosten von Bauern und Tieren produziert werden. Wer ernsthaft über Wertschätzung spricht, darf Bio nicht ausklammern. Bio ist das einzige rechtlich definierte und kontrollierte Qualitätsversprechen im Lebensmittelsystem. Die Zukunft liegt in bioregionalen Systemen, in denen Umweltstandards, Tierwohl und regionale Wertschöpfung zusammen gedacht und fair bezahlt werden.
- Zweitens: **Preisdruck ist kein Naturgesetz.** Sinkende Preise, extreme Schwankungen und Einkommensunsicherheit werden gerne als „Marktgegebenheiten“ dargestellt. Tatsächlich sind sie das Ergebnis politischer Entscheidungen, von Marktmacht im Handel und zunehmender Konzentration bei Molkereien. Systeme wie Staffelpreise – je mehr Milch, desto höher der Preis – treiben Überproduktion an und führen später genau zu jenen Krisen, über die man sich dann wundert.
- Drittens: **Verantwortung wird systematisch nach unten geschoben.** Statt Strukturfragen zu benennen, wird Verantwortung auf Konsumentinnen und Konsumenten verlagert. Sie sollen bewusster einkaufen, mehr zahlen, bessere Entscheidungen treffen – während Handelspraktiken, Förderlogiken und Machtverhältnisse unangetastet bleiben. So funktioniert Veränderung nicht.
- Viertens: **Landwirtschaft ist für viele längst ein Kampf ums Durchhalten.** Hinter statistischen Durchschnittszahlen verschwinden die Realitäten auf den Höfen: Einkommen auf niedrigem Niveau, sieben Tage Arbeit pro Woche, hoher Investitionsdruck und permanente Unsicherheit. Dass fast jede zweite Bäuerin, jeder zweite Bauer psychisch belastet ist, ist kein „Bauernjammern“, sondern ein ernstzunehmender Hilferuf.

Öffentliche Arbeit findet heute aber nicht nur in Printmedien statt. Ein wesentlicher Teil der Auseinandersetzung läuft dort, wo viele Menschen ihre Informationen beziehen: in den sozialen Medien.
Auch dort mische ich mich regelmäßig ein – sachlich, beharrlich und mit klarer Haltung. Beiträge auf Facebook erreichen dabei **30.000 und mehr Menschen.** Das ist keine Spielerei und kein Selbstzweck, sondern bewusste Öffentlichkeitsarbeit: einordnen statt aufheizen, erklären statt vereinfachen, widersprechen, wo falsche Erzählungen dominieren. Gerade weil soziale Medien schnell, zugespitzt und oft emotional funktionieren, braucht es dort Stimmen, die Zusammenhänge herstellen. Die zeigen, dass Preisverfall, Überproduktion und Betriebsaufgaben keine Naturgesetze sind, sondern Ergebnisse politischer Entscheidungen, wirtschaftlicher Machtverhältnisse und unterlassener Regulierung.

Diese Form der Öffentlichkeitsarbeit ersetzt keine strukturpolitische Arbeit und keine Verhandlungen. Aber sie ergänzt sie. Sie sorgt dafür, dass bäuerliche Positionen sichtbar bleiben – auch dann, wenn sie unbequem sind oder nicht in eine Schlagzeile passen.
Genau das ist Aufgabe der IG-Milch: nicht stillzuhalten, wenn falsche Vereinfachungen dominieren, nicht abzuwarten, bis andere für uns sprechen, sondern beharrlich, sachlich und öffentlich Position zu beziehen.

Die Achterbahn ist kein Naturgesetz.
Bioregionalität ist eine Entscheidung.

Bürokratieabbau als Ablenkung?

Beim Ruf nach weniger Bürokratie sind sich Politiker, Wirtschaftsvertreter, Landwirtschaftskammern und Bauern einig. Für viele Betriebe klingt das nachvollziehbar, da sie unter Formularlasten, Mehrfachmeldungen und Kontrollen leiden. Doch Franziskus Forster (ÖBV) warnt: Bürokratieabbau wird zunehmend genutzt, um Regeln zu lockern, die Klein- und Mittelbetriebe schützen – zugunsten größerer Konzerne. Weniger Bürokratie bedeutet oft nicht weniger Regeln, sondern andere Regeln, die vor allem den Mächtigen dienen.

Woher kommt der Ruf nach „Deregulierung"?

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stellte 2024 mehr Wettbewerb und weniger staatliche Eingriffe in Aussicht. Bauernproteste wurden politisch schnell in diese Richtung gedeutet, während die eigentlichen Probleme – niedrige Preise, Handelsmacht, fehlende Mengensteuerung – in den Hintergrund rückten. Forster warnt vor einer sozial-ökologischen Rückwärtsrolle: Maßnahmen zu Klimaschutz, Biodiversität, Lieferketten, Gentechnikfreiheit oder Pestizidreduktion könnten geschwächt werden – also genau jene Schutzmechanismen, die bäuerliche Betriebe vor ruinösem Wettbewerb bewahren.

Der Trick: Weniger Staat heißt nicht weniger Bürokratie.

David Graeber beschreibt: Deregulierung verschiebt nur, wer die Regeln bestimmt. Weniger staatliche Vorgaben bedeuten oft mehr privatwirtschaftliche Bürokratie. Viele Bauern erleben das bereits: Supermärkte diktieren Qualitäts- und Lieferstandards, Handelsketten Preise und Verpackungen, Zertifizierer zusätzliche Dokumentation, Molkereien eigene QS-Systeme. Ergebnis: „Weniger Staat" führt zu „mehr Konzernmacht", die kleine Höfe stärker trifft als staatliche Regeln.

Welche Bauern sagen was? – Forschung Holst/Niehoff/Franz (2025)

Die Studie zeigt vier Haltungsgruppen:

- Typ 1 (33 %): Klimawandelskeptische Transformationsopposition, kritisch gegenüber Ökologisierung, Handelsmacht und Stadt-Land-Spaltung.
- Typ 2 (35 %): Liberale Bevormundungskritik, gegen staatliche Eingriffe, fühlen sich überfordert, kritisieren ebenfalls Handelsmacht.
- Typ 3 (20 %): Ökologisierungsaffine Bürokratiekritik, befürworten Ökolandbau, sehen Bürokratie als Misstrauen, kritisieren Preise und Handel.
- Typ 4 (10 %): Ökosoziale Systemkritik, fordern regionale Kreisläufe und kritisieren Machtkonzentration.

Gemeinsam ist allen die Kritik an niedrigen Preisen und starkem Handel, unterschiedlich ist jedoch die Schuldzuweisung – politisch oft gegeneinander ausgespielt.

Wohin führt der politische Kurs?

Die politische Melodie lautet „weniger Regeln". Entscheidend bleibt: Welche Regeln verschwinden, wem nützt das, wer trägt die Folgen? Konzerne nutzen Deregulierung, um Verpflichtungen loszuwerden. Kleinbetriebe bleiben mit Preisdruck, Marktmacht und neuen Handelsauflagen zurück.

Konsequenzen

- Genau prüfen, welcher Bürokratieabbau tatsächlich entlastet (z. B. weniger Mehrfachmeldungen, klarere digitale Verfahren).
- Hauptbelastung entsteht durch Marktmacht, Preisdruck, globale Importregeln, konzernorientierte Standards und mangelnde regionale Wertschöpfung – nicht durch Umweltauflagen.
- Zwischen sinnvoller Vereinfachung und gefährlicher Deregulierung unterscheiden: Fallen Schutzregeln, trifft dies bäuerliche Betriebe langfristig härter als Formulare.
- Kernfrage: Wer bestimmt die Regeln im Lebensmittelsystem – Gesellschaft oder Markt? Wenn Bauern verschwinden, übernehmen Konzerne.

Fazit:
Vorsicht vor falschen Freunden

Der Ruf nach weniger Bürokratie ist berechtigt, doch wenn er von Konzernen und Lobbygruppen kommt, geht es selten um Vereinfachung, sondern um Machtverschiebung. Zukunft für bäuerliche Betriebe entsteht nicht durch Deregulierung, sondern durch faire Preise, regionale Kreisläufe und demokratisch gestaltete Regeln. Wir brauchen weniger Formulare – aber vor allem weniger Konzernmacht. Wenn Bauern gehen, übernehmen Konzerne.

Warum viele Bäuerinnen und Bauern auf einfache Lösungen setzen – und warum wir bessere anbieten müssen

Jeder kennt das: Du stehst am Morgen im Stall, die offenen Rechnungen liegen auf dem Tisch, draußen wartet die nächste Arbeit – und im Radio erklärt jemand, wie Bauern das Klima retten sollen. Viele bäuerliche Familien erleben genau diese Gleichzeitigkeit: steigende Kosten, stagnierende Preise, immer neue Auflagen und Erwartungen. Die Landwirtschaft steht heute im Zentrum einer Zeitenwende. Klimawandel, Preisdruck, Arbeitsüberlastung, Abhängigkeit von Konzernen, Bürokratie, gesellschaftlicher Erwartungsdruck – all das trifft auf bäuerliche Betriebe gleichzeitig. Kein Bereich der Gesellschaft ist so unmittelbar mit der ökologischen, wirtschaftlichen und politischen Zukunft verbunden wie die Landwirtschaft. Und kaum ein Bereich ist dabei so schlecht gehört.

Die Transformationsforschung beschreibt diesen Moment als „Konfliktzone des Wandels“: Alte Systeme brechen auf, neue sind noch nicht sichtbar oder fühlen sich bedrohlich an. In dieser Situation reagieren Menschen unterschiedlich – und die Wissenschaft unterscheidet grob zwischen drei Typen. Diese Einteilung hilft, extreme Vereinfachungen zu vermeiden und die wahren Spannungen zu verstehen.
Um extreme Vereinfachungen zu vermeiden – jene Parolen, die komplexe Probleme auf einfache Feindbilder reduzieren –, zeigt diese Einteilung, dass bäuerliche Realität aus vielen Zwängen, Interessen und Erfahrungen besteht.

Typ 1: Die Erschöpften
Sie erleben den Wandel als Überforderung. Alles wird zu viel: Auflagen, Bürokratie, neue Regeln, neue Erwartungen. Gleichzeitig steigen die Kosten, die Preise bleiben gleich, die Arbeitsbelastung nimmt zu. Viele fühlen sich schuldig gemacht – für Klimawandel, Artensterben oder Tierwohlprobleme, obwohl sie seit Jahrzehnten unter Marktzwängen leiden.

Typ 1 will vor allem eines: Ruhe. Weniger Druck. Weniger Vorschriften. Sie greifen daher zu einfachen Botschaften, die Sicherheit versprechen: „So weitermachen wie bisher“, „Zurück zu früher“, „Die anderen sind schuld“.

Typ 2: Die Wütenden
Diese Gruppe teilt die Überlastung von Typ 1, aber sie reagiert kämpferisch. Sie sucht Schuldige – Politik, NGOs, Medien, oft auch „die Städter“. Sie ist anfällig für harte, polarisierende Botschaften und für Versprechen, die schnelle Lösungen anbieten: Grenzen zu, Bürokratie weg, Klimavorschriften stoppen.

Typ 2 ist demokratiepolitisch besonders heikel. Nicht, weil die Menschen böse wären, sondern weil sie aus echter Ohnmacht heraus anfällig werden für jene Kräfte, die Spaltung als Methode nutzen. Die Forschung zeigt klar: In Phasen gesellschaftlicher Unsicherheit gewinnen autoritäre Erzählungen an Kraft. Und genau deshalb ist dieser Typ so gefährlich für die Demokratie – nicht wegen seiner Wut, sondern weil populistische Vereinfachungen plötzlich plausibel wirken.
Zusammengenommen bilden Typ 1 und Typ 2 weit über zwei Drittel der aktuellen Meinungen im ländlichen Raum. Das erklärt, warum politische Extreme dort leichter Fuß fassen.

Typ 3: Die Zukunftssuchenden
Sie wissen, dass sich etwas ändern muss – ökologisch, wirtschaftlich, politisch. Sie suchen nach praktikablen Wegen, wollen regionale Wertschöpfung stärken, faire Preise, unabhängige Betriebe, ehrliche Politik und klare Leitlinien. Sie sind weder ideologisch noch leicht zu manipulieren. Dieser Typ würde gerne vorausgehen – wenn er wüsste wie.
Und hier liegt das große Feld, das wissenschaftlich gut untersucht ist, politisch aber kaum beachtet wird.

Was Transformation wirklich bedeutet

Für viele klingt „Transformation“ nach Zwang, nach Vorschriften, nach etwas, das gegen die Bauern gerichtet ist. Tatsächlich bedeutet es etwas ganz anderes. Transformation ist die gemeinsame Suche nach einem Weg, wie wir als Gesellschaft in Zukunft leben, arbeiten, produzieren und Landwirtschaft betreiben wollen – innerhalb der ökologischen Grenzen und mit sozialer Sicherheit.
Es geht nicht um radikale Brüche, sondern um Anpassungen, die alle mittragen können. Die Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung zeigt dabei vier zentrale Erkenntnisse, die in allen Ländern und allen Sektoren gelten: Wandel gelingt nur, wenn Menschen Vertrauen haben. Menschen brauchen Orientierung. Menschen wollen Gestaltungsmöglichkeiten. Wandel gelingt nur mit echter Beteiligung.
Es sind genau diese vier Punkte, die die Landwirtschaft im deutschsprachigen Raum seit Jahren vermisst. Und es sind genau diese vier Punkte, die populistische Erzählungen so erfolgreich machen und warum einfache Lösungen gefährlich werden können.

Wenn der Druck steigt und die Orientierung fehlt, entsteht ein Nährboden für radikale Vereinfachungen: „Die Umweltschützer sind schuld." „Die Bürokratie zerstört uns." „Die Städter verstehen uns nicht." „Das Klima war schon immer so." Solche Sprüche sind emotional verständlich – aber politisch und wirtschaftlich brandgefährlich. Sie verhindern echte Lösungen und öffnen Tür und Tor für Bewegungen, die den ländlichen Raum nicht stärken, sondern instrumentalisieren.

Greenwashing – und warum es zur Demokratiefrage wird

Ein aktuelles Beispiel zeigt, wie eng Klimapolitik, Wahrhaftigkeit und Demokratie zusammenhängen: das Urteil gegen TotalEnergies in Frankreich. Ein Pariser Gericht hat den Konzern wegen irreführender Werbung verurteilt. Es ist einer der ersten großen Fälle, in dem ein fossiler Konzern für Greenwashing schuldig gesprochen wurde. Greenpeace – darunter Ursula Bittner aus Österreich – hat gemeinsam mit anderen Organisationen geklagt und gewonnen. Das Gericht zwingt Total Energies nun, das Urteil öffentlich sichtbar zu machen.

Warum ist das für die Landwirtschaft wichtig? Weil Greenwashing Vertrauen zerstört. Weil es den Menschen vorgaukelt, dass es einfache, schmerzfreie Lösungen gibt. Weil es jene Kräfte stärkt, die jede ernsthafte Veränderung sabotieren. Und weil die Landwirtschaft besonders abhängig ist von jenen Märkten, die sich selbst als nachhaltig darstellen, ohne es zu sein – von Konzernen, Handelsketten und oft auch von Molkereistrukturen, die Wachstum bei Menge und Export feiern, während Wertschöpfung und Wertschätzung auf den Höfen zurückgehen. Wenn große Player ihr Image polieren und gleichzeitig neue Abhängigkeiten schaffen, dann wächst der Frust auf den Höfen. Greenwashing ist deshalb nicht nur ein Umweltproblem, sondern ein demokratiepolitisches.

Was wir als bäuerliche Bewegung tun können und fast müssen

Die gute Nachricht ist: Typ 3 ist größer, als viele glauben. Viele Bauern wollen Veränderung – aber sie wollen faire Bedingungen, keine Illusionen. Was wir brauchen, ist verlässliche Milchpreise mit Mindestpreis- und Liefervertragsmodellen statt ruinöser Preisschwankungen, regionale Wertschöpfung statt immer größerer Abhängigkeit von Konzernen und Handelsketten, ehrliche Politik statt Scheinlösungen und PR-Kampagnen, klare Information und Mitsprache der Bauern bei Förderregeln und Tierwohlprogrammen, gemeinschaftliche Mengensteuerung und Marktverantwortung statt „immer mehr Milch um jeden Preis".

Wir brauchen eine Erzählung von Zukunft, die weder romantisiert noch verharmlost – sondern stärkt. Eine bäuerliche Zukunft, die nicht auf Angst basiert, sondern auf dem Gefühl, selbst etwas bewirken zu können. Ich habe irgendwo einmal das Wort „Selbstwirksamkeit" gelesen und gemerkt, dass es in diesem Zusammenhang am besten passt. Gemeint ist nichts Kompliziertes: dass Bäuerinnen und Bauern spüren, dass ihre Entscheidungen wieder zählen, dass ihre Arbeit einen Unterschied macht, dass sie nicht nur Getriebene von Markt und Politik sind, sondern Mitgestalter ihrer eigenen Zukunft.

Fazit: Wir müssen bessere Antworten geben.

Die Landwirtschaft steht nicht vor einem technischen Problem, sondern vor einem gesellschaftlichen. Typ 1 und Typ 2 sind keine Gegner – sie sind Ausdruck eines Systems, das Menschen überfordert, alleine lässt und schlecht informiert. Die wirkliche Gefahr kommt nicht aus den Bauernhöfen, sondern aus jenen politischen und wirtschaftlichen Kräften, die diese Verunsicherung ausnutzen.

Deshalb braucht es eine IG-Milch, die das klar benennt. Eine Bewegung, die Orientierung bietet und konkrete Wege zeigt: faire Preise, echte Verträge, regionale Märkte, Mitsprache und Verantwortung entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Wir sollten uns nicht gegeneinander ausspielen lassen. Wir sollten uns nicht gegeneinander treiben lassen. Und wir sollten uns nicht für fremde Interessen benutzen lassen. Wir wollen echte Veränderungen – und wir wollen daran beteiligt sein.

Das ist Transformation im besten Sinne.

Selbstwirksamkeit heißt: Bauern gestalten ihre Zukunft selbst.

Zwischen Solidarität und Stall

Wenn plötzlich alle über Belastung reden – und warum wir das schon lange tun

Wenn Belastung sichtbar wird

Hohe psychische Belastung, steigende Verzweiflung und ein Marktmodell, das Menge belohnt statt Menschen schützt – das stand bei der Maschinenring-Bundestagung im Mittelpunkt. Jede Initiative, die hinschaut statt wegschaut, ist ein Fortschritt.

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache:
46 % der Bäuerinnen und Bauern fühlten sich im letzten Jahr psychisch belastet. 14 % fühlen sich einsam. 11 % haben überhaupt keine Vertretungsmöglichkeit. In der Gesamtbevölkerung ist etwa jeder vierte Mensch im Laufe eines Jahres psychisch belastet – und nur rund ein Fünftel sucht Hilfe. In der Landwirtschaft sind Belastung und Unterversorgung deutlich höher.

Diese Zahlen sind kein Randthema. Sie beschreiben den Alltag vieler Höfe – Tage ohne Pause, Nächte mit kranken Tieren, Rechnungen am Küchentisch und Entscheidungen, die niemand gern trifft. Belastung entsteht nicht nur durch Arbeit, sondern durch dauernde Unsicherheit: Wetter, Preise, Politik und Schulden, alles gleichzeitig. Viele Betriebe tragen Verantwortung für Generationen und stehen trotzdem allein vor ihren Sorgen.

Was wir seit Jahren sagen

Für die IG-Milch ist diese neue Offenheit nichts Neues. Wir sprechen seit Jahren darüber, dass wirtschaftlicher Druck krank macht. Überforderung, Einsamkeit und Existenzsorgen sind kein individuelles Versagen, sondern die Folge eines Systems, das immer mehr verlangt und immer weniger zurückgibt.

Dafür wurden wir lange belächelt oder angegriffen. Man sagte uns, wir würden schwarzmalen. Heute zeigt sich: Unsere Warnungen kamen nicht zu früh – sie wurden zu spät gehört. Wer ehrlich über Belastung spricht, muss auch über Preise, Marktstrukturen und Machtverhältnisse reden. Sonst bleibt alles nur Symptombekämpfung.

Und wir wissen aus Gesprächen mit hunderten Betrieben: Viele Höfe würden gerne langsamer wachsen, stabiler wirtschaften und weniger Risiko tragen – wenn das System ihnen diese Möglichkeit geben würde. Niemand produziert gern zu viel, nur um Kredite bedienen zu können oder die Auslastung anderer zu sichern.

Wenn Zahlen nach System fragen

Wenn fast jeder zweite Landwirt psychisch belastet ist, dann stimmt etwas Grundsätzliches nicht. Wenn gleichzeitig seit Generationen wenige Organisationen Vermarktung, Beratung, Kreditwesen und Interessenvertretung kontrollieren, dann versagt nicht ein Detail – dann versagt ein ganzes System.
Seit der Bauernbefreiung haben sich Machtstrukturen Schritt für Schritt verfestigt. Molkereien, Banken, Genossenschaften und Politik sind eng miteinander verflochten. Ein geschlossener Block, der vorgibt, Bauern zu vertreten – und Strukturen geschaffen hat, unter denen Bauern zunehmend unter Druck geraten.
Das Ergebnis liegt offen: Arbeitsbelastung am Anschlag, Einkommen im Keller und eine Zukunftsperspektive, die immer unsicherer wird. Wer Verantwortung trägt, muss sich fragen lassen, warum trotz aller Programme und Strategien die Lage vieler Höfe schlechter statt besser geworden ist und warum gerade kleinere und mittlere Betriebe immer häufiger aufgeben.

Menge statt Stabilität

Die Agrarordnung belohnt Menge statt Stabilität. Sobald der Milchpreis steigt, reagieren viele Betriebe mit Mehrproduktion. Das ist verständlich – aber fatal. Das zusätzliche Angebot drückt den Preis wieder nach unten. Ein Hamsterrad, das sich weiterdreht.

Banken sichern Kredite über Umsatz, Molkereien brauchen Auslastung, der Handel profitiert vom Überangebot. Für die Bauern bleiben steigende Kosten und sinkende Wertschöpfung. Nicht weil Bauern uneinsichtig wären, sondern weil die Spielregeln falsch gesetzt sind.

Viele Betriebe spüren das jeden Monat ganz konkret: höhere Futter- und Energiepreise, Reparaturen, Versicherungen, Kreditraten – und gleichzeitig neue Auflagen und Investitionen. Tierwohl, Umweltmaßnahmen und Dokumentation sind wichtig, aber ohne stabile Preise wird jede Verbesserung zur zusätzlichen Belastung. Verantwortung kann man nicht delegieren, und abschalten kann man auch nicht.
Und solange Politik Mengensteuerung scheut, Molkereien auf Auslastung setzen und der Handel Billigpreise als Marketing benutzt, wird sich an dieser Spirale nichts ändern. Verantwortung liegt entlang der ganzen Kette – nicht nur am Hof.

Wenn Höfe verschwinden

Wenn ein Hof zusperrt, verliert das Dorf mehr als einen Betrieb. Es verliert Vereinsleben, Nachbarschaft, Arbeitsplätze und Zukunft. Wir erleben nicht nur Höfesterben, sondern Dörfersterben.

Und mit jedem Hof verschwindet auch ein Stück Wissen, Verantwortung und Beziehung zur Landschaft. Landwirtschaft ist mehr als Produktion. Sie ist Teil der sozialen Struktur des ländlichen Raums und ein Fundament regionaler Versorgungssicherheit.

Solidarität und ihr Preis

In politisch turbulenten Zeiten orientieren sich viele an den Lautesten. Doch Lautstärke ersetzt keine Analyse. Beim Thema Ukraine-Importe zeigt sich ein echtes Dilemma. Solidarität mit einem angegriffenen Land ist richtig und notwendig. Europa kann nicht wegsehen.

Aber gleichzeitig sehen wir die bäuerliche Realität: Der Preis dieser Solidarität landet oft am Hof – und selten in Konzernzentralen oder Ministerien. Während große Unternehmen Rekordgewinne melden, trifft der volle Preisdruck jene Betriebe, die ohnehin mit hohen Auflagen, steigenden Kosten und engen Margen arbeiten.

Ich verstehe beide Seiten. Und gerade das macht es schwer. Solidarität darf nicht bedeuten, dass jene zahlen, die ohnehin am wenigsten Spielraum haben, während andere vom System profitieren.

Der falsche Sündenbock

Schuldzuweisungen helfen nicht. Die Ukraine ist nicht der Grund dafür, dass wir seit Jahren strukturelle Übermengen produzieren. Sie ist ein bequemer Sündenbock.

Die eigentliche Frage lautet: Warum blockieren wir seit Jahren wirksame Mengensteuerung und stabile Preise? Warum lassen wir zu, dass ein System weiterläuft, das Höfe unter Druck setzt und gleichzeitig behauptet, sie zu schützen? Wer immer nur nach außen zeigt, muss nach innen nichts ändern.

Über Belastung reden heißt über Markt reden

Wenn 46 % der Bauern psychisch belastet sind, dann ist das kein persönliches Problem. Es ist die Folge politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen. Wer „Happy am Hof" will, muss zuerst „Fair am Markt" schaffen. Faire Preise, stabile Mengen und transparente Strukturen sind Voraussetzung für Gesundheit, Motivation und Zukunft.

Das bedeutet auch: Verantwortung entlang der ganzen Kette – von der Molkerei über den Handel bis zur Politik. Jeder Euro Billigpreis wird irgendwo bezahlt, meist dort, wo die Stimme am leisesten ist.

Was mich persönlich belastet

Mich belastet nicht, dass Solidarität verlangt wird. Mich belastet, dass sie fast immer von den Bauern verlangt wird – und nach oben plötzlich keiner mehr solidarisch ist.
Mich belastet nicht, dass Landwirtschaft kompliziert geworden ist. Mich belastet ein Agrarsystem, das seine eigenen Fehler nicht sehen will und die Folgen lieber auf die Höfe ablädt. Von den Bauern wird erwartet, dass sie mehr leisten, billiger produzieren und neue Auflagen erfüllen – aber Verständnis braucht Gegenseitigkeit.

Wenn Solidarität eingefordert wird, dann müssen wir auch sagen, wer entscheidet – und wer dafür zahlt.

Die einfache Wahrheit

Billige Milch wirkt kurzfristig günstig. Für Konsumenten, für Politik, für Handel. Langfristig ist sie eines der teuersten Dinge, die einer Gesellschaft passieren können. Denn sie kostet Höfe, Dörfer, Landschaften und Menschen ihre Zukunft – und zerstört Vertrauen in ein System, das eigentlich schützen sollte.

Nichts ist so teuer wie billige Milch.

Anzeige

Rinderzucht- und Lebendtierexporte nach Algerien nehmen massiv zu

Ein Exportboom mit Folgen

Die Zahlen sind eindeutig. Laut EU-Datenbank TRACES haben sich die österreichischen Lebendtierexporte nach Algerien zwischen 2018 und 2023 etwa verzehnfacht. In der ersten Hälfte 2025 wurden bereits rund 5.800 Rinder exportiert – mehr als im gesamten Jahr 2024. Insgesamt exportierte Österreich 2024 rund 27.000 Zuchtrinder, 42 Prozent in EU-Staaten und 58 Prozent in Drittstaaten. Wichtigster Abnehmer war die Türkei, gefolgt von Algerien. Hintergrund ist ein Überangebot an Rindfleisch und Zuchttieren im Inland. Das ist kein Randphänomen, sondern ein Symptom eines Systems mit strukturellem Überschuss. Wenn der Markt gesättigt ist, werden Tiere exportiert – nicht, weil es sinnvoll ist, sondern weil das System sie nicht anders aufnehmen kann.

Wenn Überschüsse den Markt treiben

Offiziell dienen die Exporte dazu, Ländern wie Algerien beim Aufbau einer Milchproduktion zu helfen. Fachleute bezweifeln den Nutzen. Hochleistungsrinder aus Mitteleuropa sind an Klima und Futterbedingungen oft schlecht angepasst. Krankheiten, geringe Milchleistung und hohe Kosten bringen viele Betriebe in Schwierigkeiten. Algerien importiert weiterhin große Mengen Milchpulver.

Damit zeigt sich das Kernproblem des Wachstumsmodells der Milchwirtschaft: immer größer, mehr Milch, höher, weiter. Ein System, das Überschüsse produziert, sucht ständig neue Märkte – häufig dort, wo Tierwohl und wirtschaftliche Nachhaltigkeit fraglich sind.

Tierwohl endet nicht am Hafen

Berichte von Tierschutzorganisationen sprechen von langen Transportzeiten, Stress und mangelhaften Bedingungen im Zielland. EU-Recht verlangt Tierschutzstandards bis zum Zielort, doch in der Praxis endet die Kontrolle oft an europäischen Häfen. Danach ist kaum mehr nachvollziehbar, was mit den Tieren geschieht. Politisch ist das Thema erkannt, doch ohne funktionierende Nachverfolgung bleibt vieles Theorie.

Illustration: KI-generiert nach Vorlage eines Tiertransport-Schiffs

Steigende Exporte werfen Fragen zu Tierwohl und Marktzwang auf.

Illustration: KI-generiert nach Vorlage eines Tiertransporters

Für viele Bäuerinnen und Bauern sollte sich damit die Frage stellen: Tragen wir Verantwortung nur bis zur Landesgrenze – oder bis zum Lebensende des Tieres?

Verantwortung entlang der ganzen Kette

Hinter diesen Zahlen stehen Menschen. Wie geht es den Bauern, die ihre Tiere exportieren? Viele kennen das Gefühl, wenn eine Kuh den Hof verlässt. Man hat sie aufgezogen, kennt ihre Eigenheiten – und dann steht sie auf einem LKW Richtung Hafen. Ist das nur Geschäft – oder bleibt ein Zweifel? Wie geht es den Frächtern, die tagelang Tiere transportieren? Den Aufkäufern, Exportfirmen, Mitarbeitern von Zuchtorganisationen und den Arbeitern beim Verladen? Sehen sie Ware – oder Lebewesen? Müssen sie Mitgefühl verdrängen, um ihren Job zu machen?

Das sind keine moralischen Anklagen, sondern Fragen an ein System, das Menschen in Rollen drängt. Wenn Preise nicht stimmen und Schulden drücken, wird das Tier zur Nummer – nicht aus Bosheit, sondern aus wirtschaftlichem Druck.

Eine agrarpolitische Sackgasse

Österreich hat eine weltweit anerkannte Rinderzucht. Doch Qualität allein reicht nicht, wenn der Absatz über Exporte in problematische Märkte erfolgt. Es geht um die Verantwortung von Agrarpolitik und Zuchtorganisationen. Brauchen wir strengere Regeln für Drittstaatenexporte? Sollten Exporte außerhalb Europas eingeschränkt werden? Müssen Förderungen stärker an Tierwohl, regionale Kreisläufe und faire Erzeugerpreise gebunden sein?

Hier zeigt sich der Zusammenhang mit der bäuerlichen Einkommensfrage. Ohne Wertschöpfung keine Wertschätzung. Solange Bauern unter Preisdruck stehen, bleibt der Export ein Ventil für ein krankes System.

Was heißt das für unsere Zukunft?

Für viele Milchbäuerinnen und Milchbauern ist klar: Eine Landwirtschaft, die auf Exportdruck und Tierleid basiert, ist keine Zukunft. Wir brauchen Preise, die regionale Produktion ermöglichen, Wertschöpfung sichern und Verantwortung für jedes Tier einschließen.

Lebendtierexporte nach Algerien sind kein Randthema, sondern ein Spiegel des Systems. Wer ernsthaft über Tierwohl, Klimaschutz und bäuerliche Zukunft spricht, muss fragen: „Muss das wirklich sein?“

Ein Freihandelsabkommen, ein Bauernopfer, und schlafende Gewinner

Ein sicheres und sauberes Europa. Green Deal, farm to fork, Euro 6e Abgasnorm – alles begrüßenswert! Um-so verwunderlicher ist es, dass sich die europäische Politik jetzt ihre eigenen Gesetze und Verordnungen untergräbt.

Wir alle kennen die leidvolle Diskussion um das Verbrenner-Aus – mit viel Mimimi seitens der Autoindustrie gekippt. Nun müssen neue Absatzmärkte für alte Technik her. Um Zeit zu gewinnen, in der Hoffnung, den Vorsprung Chinas und Koreas doch noch irgendwie aufzuholen. Damit VAG und Co nicht das gleiche Schicksal ereilt wie damals Nokia oder Ericsson, muss die alte Technologie zur Melkkuh gemacht werden, in Ländern, wo diese noch erlaubt ist. Apropos Melkkuh. Auch hier erscheint uns plötzlich alles egal. Soja vom abgebrannten Regenwald, Rindfleisch aus Massentierhaltung ohne Hygiene-, Fütterungs- oder Haltungsstandards. Aber billig. Nun hab ich schwarz auf weiß, warum ich mir als einstmals Abgeordneter und Landwirtschaftssprecher die Zähne an der Wirtschaftskammer ausbiss, bei der Forderung nach einer allumfassenden Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel. Wer will schon wissen woher, bei dem Preis?

Am 18. September 2023 durfte ich an einer Aussprache mit Direktor Rupert Schlegelmilch, dem EU-Chefverhandler zum Mercosurabkommen, teilnehmen. Schlegelmilch präsentierte unter anderem eine Studie, nach der in Europa durch das Abkommen bis zu 300.000 Industrie-Arbeitsplätze gesichert beziehungsweise entstehen können. Auf meine Frage hin, ob es auch eine Studie gäbe, die die zu erwartenden Arbeitsplatzverluste in Europas ländlichen Gebieten und die Abwanderung von diesen behandle, erhielt ich als Antwort ein verneinendes Schulterzucken.

Für mich bleibt dieses Freihandelsabkommen ein schmutziges Geschäft, bei dem primär jene wortwörtlich zum Bauernopfer werden, die sich an vorgegebene Standards halten, während jene belohnt werden, die in den Chefetagen der Industrie geschlafen haben. Und wer für's Schlafen belohnt wird, schläft logischerweise weiter. Ob uns das die Ernährungssicherheit, unsere Gesundheit und nicht zuletzt unsere Umwelt wert sein darf, kann sich jede/r selbst fragen.

Clemens Stammler

Mercosur auf der Zielgeraden – und Hormonfleisch im Regal?

Das EU-Mercosur-Abkommen steht politisch kurz vor der nächsten Etappe. Der Ratifizierungsprozess in den Mitgliedstaaten läuft. Teile des Abkommens sollen vorläufig angewendet werden, noch bevor alle Parlamente endgültig zugestimmt haben.

Offiziell soll das Abkommen wirtschaftliche Chancen und neue Exportmärkte bringen. Parallel sorgt jedoch ein aktueller Lebensmittelskandal für Unruhe und neuen Zweifeln an der Wirksamkeit der Kontrollmechanismen.

62 Tonnen hormonbelastetes Rindfleisch

In mehreren EU-Staaten wurden Chargen brasilianischen Rindfleisches entdeckt, die Rückstände des in der EU verbotenen Wachstumshormons Estradiol aufwiesen. Rund 62 Tonnen sollen betroffen gewesen sein.

Estradiol ist in der EU seit Jahrzehnten als Mast- und Wachstumshormon verboten und Teil des Vorsorgeprinzips. In einigen Drittstaaten ist der Einsatz hormoneller Leistungsförderer jedoch weiterhin erlaubt. Genau hier liegt die Bruchstelle: Während europäische Bäuerinnen und Bauern strenge Vorgaben erfüllen müssen, gelangen Produkte aus Regionen mit anderen Standards auf den Markt.

Behörden betonen, dass kein akutes Gesundheitsrisiko bestanden habe. Juristisch bleibt die Lage dennoch klar: Fleisch mit verbotenen Hormonen darf in der EU nicht in Verkehr gebracht werden.

Ein Symbolfall zur Unzeit

Für Kritiker ist der Fund ein warnendes Signal. Bereits im Jänner sollen EU-Kontrollen Auffälligkeiten registriert haben, dennoch wurde politisch weiter Druck gemacht, das Abkommen voranzutreiben. Der Fall könnte zum Symbol einer Grundsatzfrage werden – ob Handelsinteressen schneller sind als Lebensmittelsicherheit.
Befürworter argumentieren, dass weiterhin nur Produkte eingeführt werden dürfen, die europäischen Standards entsprechen. Gegner verweisen jedoch auf globale Lieferketten: Kontrollen erfolgen stichprobenartig.
Für die europäische Landwirtschaft geht es nicht nur um Marktanteile, sondern um gleiche Regeln für alle. Wer Tierwohlauflagen, Dokumentationspflichten und Hormonverbote erfüllen muss, erwartet Fairness.

Stabil ist ein Preis erst, wenn er Gewinne bringt

Ein bemerkenswertes Signal kam Anfang Dezember 2025 aus Bayern: Die Molkerei Berchtesgadener Land hat mit PENNY und der REWE Group ein Drei-Parteien-Abkommen mit Milcherzeugern geschlossen. Genannt werden garantierte Mindestabnahmen, eine dreijährige Laufzeit, Revisionsklauseln und mögliche Unterstützungszahlungen. Das klingt nach Stabilität – aber die entscheidende Frage bleibt: Stabil wovon?

Im Text findet sich kein garantierter Milchpreis und keine klare Preisformel. Es geht um Mengenabnahme und Zuschüsse, orientiert an Marktpreisen. Das kann Schwankungen dämpfen – sagt aber nichts darüber aus, ob der Milchpreis Produktionskosten deckt. Ein stabiler Preis unter Vollkosten bleibt ein stabiler Verlust.

Wenn von „stabilen Milchpreisen" gesprochen wird, müsste klar sein, was ein fairer Preis ist.

Unser Vorschlag: Vollkosten plus 15 Euro Stundenlohn für bäuerliche Arbeit und 10 Prozent Rücklagen. Das ergäbe derzeit für einen durchschnittlichen österreichischen Biomilchbetrieb rund 90 Cent netto pro Liter und für einen konventionellen Betrieb rund 80 Cent. Erst dann wird Stabilität zur Zukunftssicherheit.

Damit stellt sich eine Frage: Wer hätte etwas dagegen, wenn ein transparentes, kostenorientiertes Modell Basis des Auszahlungspreises wäre? Und wenn niemand etwas dagegen hat, warum steht es nicht im Abkommen?

Das bayerische Beispiel zeigt: Bewegung ist möglich. Handel und Molkerei können sich längerfristig binden, Bauern einbezogen werden. Aber solange nicht klar ist, ob Vollkosten plus faire Entlohnung und Gewinn gedeckt sind, bleibt jedes Abkommen ein Schritt – noch keine Lösung. Genau dort müssen wir ansetzen.

Folgendes Mail habe ich Anfang Februar an das Fairnessbüro gesendet. Antwort ist ausständig.

Sehr geehrter Herr Dr. Abentung!
Vielen Dank für die Übermittlung der Stellungnahme der Berglandmilch.
Wir nehmen zur Kenntnis, dass das Fairness-Büro unsere Beschwerde nicht eigenständig bewertet, sondern die Sichtweise des betroffenen Unternehmens ungeprüft weiterleitet. Genau darin liegt jedoch das Problem, das wir mit unserer Eingabe thematisieren wollten.
Zu den einzelnen Punkten halten wir fest:

1. Investitionsbeitrag/Nicht-Mitgliedschaft

Der von Berglandmilch dargestellte „Kostenbeitrag" ersetzt faktisch eine Mitgliedschaft, die den betroffenen Lieferanten ohne Angabe von Gründen verweigert wird. Damit entsteht eine dauerhafte finanzielle Belastung ohne Mitbestimmungs-, Kontroll- oder Haftungsrechte. Die entscheidende Frage, auf welcher sachlichen oder rechtlichen Grundlage die Mitgliedschaft verweigert wird, bleibt weiterhin unbeantwortet.

2. Verhältnismäßigkeit der Abzüge

Die von uns beanstandeten, aus unserer Sicht zu Unrecht einbehaltenen Beträge in erheblicher Höhe wurden weder inhaltlich geprüft noch rechtlich gewürdigt.

3. Lieferordnung und Sanktionskatalog

Die Begründung, ein weitreichender Sanktionskatalog sei aufgrund des Fehlverhaltens eines einzelnen Lieferanten erforderlich gewesen, ist aus unserer Sicht nicht haltbar. Ein Maßnahmenkatalog mit unbestimmten Begriffen, extremen Strafdrohungen und potenziell existenzvernichtenden Folgen für alle Lieferanten widerspricht dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und erzeugt massive Rechtsunsicherheit und Angst.
Besonders problematisch ist, dass:

- keine klaren Definitionen,
- keine abgestufte Sanktionierung,
- keine unabhängige Entscheidungsinstanz vorgesehen sind.

Wir ersuchen das Fairness-Büro daher ausdrücklich um:

- eine **eigene rechtliche Bewertung** der beanstandeten Lieferordnung,
- eine **Prüfung der Verhältnismäßigkeit** der vorgesehenen Sanktionen
- sowie eine **Beurteilung der dauerhaften finanziellen Benachteiligung** von Lieferanten durch verweigerte Mitgliedschaft ohne Begründung.

Eine bloße Weiterleitung von Unternehmensargumenten kann aus unserer Sicht dem gesetzlichen Auftrag des Fairness-Büros nicht gerecht werden.
Für eine vertiefende Prüfung und ein klärendes Gespräch stehen wir weiterhin zur Verfügung.
Mit freundlichen Grüßen
Ewald Grünzweil
Obmann IG-Milch

Bei mir bleiben

Weil ich meine innere Stimme wieder höre und gelernt habe, ihr zu vertrauen

Der Versuch einer Erklärung

In den letzten Monaten habe ich öfter gehört: „Der Ewald ist nicht mehr derselbe." Oder: „Früher warst du anders, komm wieder zurück zu dem, der du einmal warst." Ich verstehe diese Sätze. Menschen gewöhnen sich aneinander, an Rollen, an Gewohnheiten. Auch ich habe mich an vieles gewöhnt – oft an das Tragen, Aushalten und Vermitteln, an das Erdulden von Dingen, die ich innerlich längst hinterfragt habe.

Diese Haltung war nicht falsch. Sie hat mir geholfen, Verantwortung zu übernehmen, Konflikte auszuhalten und vieles aufzubauen – in der Familie, am Hof, in der IG-Milch. Ohne dieses Durchhalten gäbe es manches nicht, worauf wir gemeinsam stolz sein können. Dafür bin ich dankbar.

Aber ich habe auch gemerkt, dass ein Mensch sich nicht ein Leben lang selbst zurückstellen kann, ohne irgendwann still zu werden in sich. Still werden heißt nicht ruhig sein, sondern dass die eigene Stimme immer leiser wird. Man lebt nach den Erwartungen anderer, und irgendwann glaubt man selbst, dass das normal ist.

Was mich nachdenklich macht: Von jenen, die sich den „alten Ewald" zurückwünschen, hat mich kaum jemand einmal ernsthaft gefragt, wie es mir wirklich geht. Nicht im Vorbeigehen, nicht höflich, sondern diese ehrliche, tiefe Frage: „Wie geht es dir – wirklich?" Vielleicht traut man sich das nicht. Vielleicht will man es nicht wissen, weil man dann die eigene Sicht überdenken müsste. Aber ohne diese Frage bleibt vieles an der Oberfläche, und ein Mensch bleibt allein mit dem, was ihn bewegt.

Ich höre auch den Satz, man dürfe das „gemeinsam Geleistete" nicht auseinandernehmen, weil man im Nachhinein nicht mehr sagen könne, wer was wann und wie viel getan hat. Das Gesamte müsse über allem stehen, und man solle nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen. Ich verstehe den Wunsch nach Zusammenhalt. Aber Gemeinschaft darf nicht bedeuten, dass keiner mehr sagen darf, wie es ihm geht. Sie darf nicht verlangen, dass jemand wieder so wird wie früher, nur damit es einfacher bleibt. Dankbarkeit für das Gemeinsame und Ehrlichkeit über das Eigene schließen einander nicht aus – sie gehören zusammen.

Meine Entscheidung, heute manches anders zu sehen und anders zu handeln, ist keine Entscheidung gegen jemanden. Sie ist eine Entscheidung für mich. Für meine Gesundheit, meine Klarheit, meine Ehrlichkeit. Veränderung kostet Kraft. Enttäuschungen müssen verdaut werden, und das braucht Zeit. Manchmal tut es weh zu erkennen, dass manches, was man für selbstverständlich gehalten hat, eine Täuschung war. Aber es ist besser, eine Täuschung zu beenden, als ein ganzes Leben in ihr zu bleiben.

Manchmal entsteht auch der Eindruck, als wäre man anderen etwas schuldig, wenn man sich verändert oder beginnt, eigene Grenzen klarer zu ziehen. Ich sehe das anders. Verantwortung für das eigene Tun – ja. Aber niemand schuldet der Welt, immer derselbe zu bleiben. Wenn ein Mensch beginnt, genauer auf sich selbst zu hören, wirkt das für manche ungewohnt. Doch Veränderung ist kein Zeichen von Unnormalität – sie ist ein Teil von Entwicklung.

Ich versuche, niemandem etwas nachzutragen, denn niemand weiß, wie sich dieser Weg in mir drinnen anfühlt. Viele sehen nur die Veränderung, nicht den Weg dorthin. Ich bemühe mich, nicht bitter zu werden, damit ich meinen Weg weitergehen kann.

Der „neue" Ewald ist kein anderer Mensch. Er ist derselbe Bauer, derselbe Mitstreiter, derselbe Milchrebell – nur einer, der gelernt hat, seine eigene Stimme wieder zu hören und ihr zu vertrauen. Das mag ungewohnt sein. Es wird Zeit brauchen, auch bei mir. Wie ein ausgelaugter Boden, der wieder aufgebaut wird, braucht auch Vertrauen Geduld.

Ich wünsche mir, dass wir einander mit Respekt begegnen. Dass wir fragen, bevor wir urteilen. Und dass wir anerkennen: Niemand darf verlangen, dass ein anderer Mensch wieder so wird wie früher, wenn er heute ehrlicher mit sich selbst lebt.

Ich bleibe offen für Gespräche. Aber ich bleibe auch bei mir.

Ewald

Hardehausen Milch-Erklärung 2026

Auf der bundesweiten Milchtagung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. in Hardehausen am 2. März 2026 wurde aus Sicht von Molkereien und Erzeuger:innen eindrücklich und umfassend aus der Praxis beschrieben, wie Verträge funktionieren – und wie sie funktionieren können.

Im Praxisbeispiel „Hofmolkerei Volle Kanne“ wurde ein Vertragsmodell vorgestellt, in dem die Produktionskosten auf Grundlage des Milch-Marker-Index berücksichtigt werden. Damit wurde deutlich: Eine faire Vertragsgestaltung ist möglich, wenn reale Kosten systematisch einbezogen werden.

Die Ermittlung der Produktionskosten ist keine theoretische Größe, sondern eine hoheitliche Aufgabe der Landwirtschaftskammern. Die entsprechenden Daten liegen den Landwirtschaftsministerien der Bundesländer somit bereits umfassend vor. Es fehlt nicht an Zahlen – es fehlt an der politischen Umsetzung. Wir fordern das Bundeslandwirtschaftsministerium und Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer auf, nach dem Milchgipfel unmittelbar einen weiteren Gesprächstermin anzubieten.

Dieses Gespräch muss sich praxisnah mit der Handhabung von Verträgen in der Landwirtschaft befassen, konkrete Beispiele aus der Praxis einbeziehen und die verbindliche Ermittlung sowie Einbindung von Produktionskosten thematisieren.

Die wirtschaftliche Situation auf den Höfen ist dramatisch. Übermengen auf dem Milchmarkt drücken die Erzeugerpreise empfindlich nach unten. Viele Betriebe arbeiten seit Jahren an der Grenze ihrer wirtschaftlichen Belastbarkeit.

Deshalb muss jetzt gehandelt werden.

Wir fordern das Bundeslandwirtschaftsministerium und Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer auf, sich für die sofortige Aktivierung des freiwilligen Lieferverzichts auf EU-Ebene einzusetzen, wie es auch das European Milk Board fordert.

Eine faire Milchpolitik braucht verbindliche Verträge, kostendeckende Preise und wirksame Instrumente zur Mengenregulierung. Die Praxis hat gezeigt, dass Lösungen existieren. Jetzt ist die Politik gefordert.

Obmann Grünzweil hat an dieser Tagung online teilgenommen und den Veranstalter:innen ausdrücklich zum Inhalt und zur fachlichen Qualität der Diskussion gratuliert.

Anzeige